

## Rede PT Die Linke NRW

9. Dez. 2023

Ihr habt es zur Zeit nicht leicht. Ich komme gerne zu Eurem Parteitag, weil dazu sind Freunde da: Da zu sein, wenn es schwer ist, und solidarisch zu sein. Als ich Vorsitzender der KPÖ war, hatten wir auch schwere Zeiten, und ich habe mich immer gefreut, wenn zu wichtigen Parteianlässen Genoss\*innen aus dem Ausland gekommen sind, um ihre Solidarität auszudrücken. In diesem Sinn, liebe Genossen und Genossinnen möchte ich Euch allen die solidarischen Grüße der Partei der Europäischen Linken überbringen. Es ist sicherlich nicht tröstlich, zu berichten, dass auch die griechische Linke eine schwere Zeit hat. Unsere Schwesterpartei Sysriza hat sich nach der dem Rücktritt von Alexis Tsipras im Gefolge der Wahlniederlage und der Wahl eines neuen Präsidenten gespalten. Ein Viertel der Parlamentsfraktion, fast die Hälfte des ZK und mehr als die Hälfte der Europaparlamentsfraktion haben die Partei verlassen und sind dabei, eine neue Partei zu gründen.

Syriza und die Linke sind Stützen der EL. Für die Partei der Europäischen Linken sind das harte Schläge.

Wir müssen uns bewusst machen, dass diese innerlinken Prozesse stattfinden, während Pandemie, Krise und Krieg die Lebensumstände vieler Europäer\*innen verschlechtert haben.

Beinahe die Hälfte gibt an, Schwierigkeiten zu haben, mit ihrem monatlichen Einkommen über die Runden zu kommen. Dabei kreisen die Sorgen von neun Zehntel der Bürger\*innen um die steigenden Lebenshaltungskosten, die Furcht vor Verarmung und soziale Ausgrenzung, den Klimawandel und die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine. Letzteres ist wohl die um sich greifende Kriegsmüdigkeit, die Frau Baerbock so besorgt macht. Übrigens eine sehr bemerkenswerte Haltung für eine grüne Politikerin.

Wir haben dieses Jahr in Europa eine beispiellose Welle sozialer Proteste erlebt: in Belgien , im Vereinigten Königreich , in Spanien, dort auch eine großartige Mobilisierung der Frauen gegen Gewalt,

**in Griechenland , Portugal , in der Tschechischen Republik, und in Rumänien. Auch in Deutschland, und vor allem in Frankreich den monatelangen Protest gegen die Erhöhung des Pensionsalters.**

**Die sozialen Bewegungen finden noch zu selten, aber in einigen Fällen immerhin doch politischen Niederschlag. In Spanien konnte bei den Wahlen im Juli der Ansturm der vereinten Rechten zurückgeschlagen werden und im November eine progressive Koalitionsregierung unter Einschluss von Sumar, der Bewegung, der auch die Vereinigte Linke angehört, gebildet werden. Das Regierungsprogramm beinhaltet:**

- Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung**
- Anhebung des Mindestlohns**
- Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems**
- Anspruchsvolle Ziele in der Klimapolitik,**
- Mieterschutz und Mietzinsobergrenzen, Mieten**

**In Frankreich werden den linken Parteien, La France Insoumise, der PS, den Grünen und der KPF zusammen 32 Prozent vorausgesagt.**

Dass sie nicht auf einer gemeinsamen Liste antreten, ist ein Problem für sich, spielt aber bei den Europaparlamentswahlen keine ausschlaggebende Rolle.

Der portugiesische Linksblock kann laut den Umfragen bei den Wahlen im März mit einem deutlichen Zuwachs rechnen. In Belgien befindet sich die Partei der Arbeit im Aufschwung, in Slowenien die die Levica; In Irland bildet Sin Féin in beiden Teilen der Insel die mit Abstand stärkste Partei, und selbst in meinem Heimatland Österreich rechnet sich die KPÖ Chancen auf Mandate im Nationalrat und im Europäischen Parlament aus.

Was ich sagen will: Es besteht die Chance, den Aufschwung der radikalen Rechten zu stoppen, und es besteht Bedarf an einer konsequenten linken Partei.

Klassenfragen stehen wieder auf der politischen Agenda. Es geht um faire Löhne, Schutz vor der Teuerung, Arbeitszeitverkürzung, Geschlechtergerechtigkeit, gleiche Rechte und Bedingungen für Arbeitsmigrant\*innen, Arbeitsschutz für Plattformarbeiter\*innen,

sozialstaatliche Absicherung, bezahlbaren Wohnraum, Energiegrundsicherung, freien Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Kommunikationsmittel und öffentliche Verkehrsmittel.

Die Frage ist, was linke Europapolitik in einer solchen Situation leisten kann.

Es wurde in den letzten Jahren auf europäischer Ebene auch einiges erreicht.

Die Mindestlohnrichtlinie, die zu einem „existenzsichernden Lohn“ ausgebaut werden muss, oder die Lohntransparenzrichtlinie, die gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen vorsieht, sind zwei aktuelle Beispiele, wie außerparlamentarischer Druck und politische Initiativen der Linken im Europaparlament den Unterschied machen.

Während der Pandemie wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt, mit dem in der Finanzkrise die Sparpolitik durchgesetzt wurde, suspendiert. Mittel für die Digitalisierung und Ökologisierung der

**Volkswirtschaften wurden durch den Aufbauplan NextGenerationEU mobilisiert.**

**Alles zu wenig, zu spät und auch nicht zufriedenstellend, aber immerhin!**

**Doch das Biest Neoliberalismus ist nicht tot.**

**So soll, geht es nach den neoliberalen Hardlinern, wie Eurem Finanzminister, Lindner der Stabilitäts- und Wachstumspakt nächstes Jahr wieder aktiviert werden. Was das angesichts der hohen Zinsen für Kredite und der beschlossenen Rüstungsprogramme bedeutet, zeigt die deutsche Budgetkrise: Kürzungen im Sozialbereich, bei den öffentlichen Diensten, bei den Kommunen und den Investitionen in die Infrastruktur.**

**Die EL unterstützt daher auch die große Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes nächste Woche in Brüssel nach endgültiger Beendigung der Austerität.**

**Wir sind für ein bindendes soziales Fortschrittsprotokoll, das den Sozial- und Arbeitsrechten gegenüber den Binnenmarktfreiheiten den Vorrang einräumt.**

**Wir unterstützen auch den Vorschlag von Yolanda Díaz, im Rahmen des Europäischen Semesters soziale Indikatoren gleichberechtigt mit makroökonomischen Ungleichgewichten zu messen.**

**Wir sind gegen alles, was schlecht ist und für alles, was gut ist.**

**Wir machen uns aber keine Illusionen. Für ein soziales, ökologisches und feministisches Europa brauchen wir neue EU-Verträge, eine andere Konstruktion der Union, die statt der Freiheit der Märkte Beschäftigung, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und Frauenrechte zum Maßstab nimmt. Und die jetzt anlaufende Diskussion über die Zukunft der EU ist der aller geeignetste Anlass für eine neue EU einzutreten.**

**Die Frage, „mehr“ oder „weniger“ Europa, ist falsch gestellt.**

**Richtigerweise geht es darum: Welches Europa wollen wir?**

**Trotz einer Erweiterung der Mitspracherechte des Europaparlaments wird die EU noch immer durch ein intransparentes Zusammenspiel von nationalen und EU-Bürokratien geleitet, an deren Spitze sich die Staats- und Regierungschefs auf Gipfelgesprächen, treffen, um schwache Kompromisse zwischen nationalen Egoismen auszuhandeln.**

**Das aber reicht nicht, um die großen europäischen Probleme zu lösen.**

**Wir wollen auch in der Ökologiepolitik den Unterschied zu machen!**

**Unsere Gesellschaften müssen sich an den ökologischen Imperativ anpassen, und das wird auch eine Änderung der Lebensweise jedes einzelnen erfordern, eine Kulturrevolution.**

**Die Rechte hat die Ökologie für ihren Kulturkampf gewählt, und wir haben diesen Kampf noch nicht gewonnen.**

**Wir dürfen die ökologische Transformation nicht als das Anliegen einer avantgardistischen Minderheit präsentieren, die sich an die**



**gutsituierten Mittelschichten wendet, um sie der Mehrheit der Gesellschaft aufzuzwingen.**

**Den Bezieher\*innen mittlerer und niedriger Einkommen eine Senkung des Lebensstandards abzuverlangen, während der Verkauf von Privatjets boomt, und die oberen 10% der Einkommensbezieher\*innen für 50% der Emissionen verantwortlich sind, wird nicht funktionieren.**

**Der Übergang zu einem ökologischen Wirtschaften muss vor allem , fair, sozial abgesichert und demokratisch gestaltet werden.**

**Es wird auch nicht funktionieren, die ökologische Transformation zu fordern und gleichzeitig Kriege zu führen.**

**Es ist bedauerlich, aber auch bezeichnend, dass auf Druck der Großmächte die militärischen Emissionen aus dem Kyoto-Protokoll und dem Pariser Klimaabkommen ausgeklammert wurden. Dabei ist das US-Verteidigungsministerium der weltweit größte CO-2 Emittent. (siehe: Studie: CO-2-Fussabdruck des US-Militärs ist riesig, orf-online, <https://orf.at/stories/3128002/>)**

Durch den Krieg in der Ukraine wurden im letzten Jahr 120 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert. Das ist so viel wie ein mittelgroßes Industrieland, beispielsweise Belgien. (Unter anderen: The war in the Ukraine is fuelling the climate crisis <https://www.dandc.eu/en/article/russias-war-aggression-causing-significant-greenhouse-gas-emissions-and-revealing>)

Wer von Krieg und Rüstung nicht reden will, hat zur Ökologie nicht viel zu sagen.

Die Krise der Umwelt verlangt globale Lösungen und weltweite soziale Gerechtigkeit. Mit Recht haben die Teilnehmer\*innen des Amazonas-Gipfels in Belem die reichen Industrienationen an ihre Verpflichtung erinnert, dem globalen Süden jährlich 100 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen.

Joseph Stiglitz hat kürzlich geschrieben, dass dies eine neue internationale Finanzarchitektur erfordert.

Anders ausgedrückt: Die Mittel für den Klimaschutz zu mobilisieren, erfordert strukturelle Eingriffe und eine grundlegende

**Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen von der Rüstung zur Ökologie, vom globalen Norden in den Süden und vom Privatkapital zur Gesellschaft.**

**Darüber hinaus erfordert der ökologischer Umbau gesamtwirtschaftliche Planung, Ausbau der Demokratie, vor allem Wirtschaftsdemokratie.**

**Unternehmen, die dem allgemeinen Interesse dienen sollen, Pharmaindustrie, die Trinkwasserversorgung, die Energieerzeugung und -versorgung, der öffentliche Verkehr und die digitalen Medien müssen in Gemeingüter der Gesellschaften verwandelt werden.**

**Unser Ökologieprogramm zielt im Unterschied zum Green Deal der Europäischen Kommission und zu den grünen Parteien nicht auf die Versöhnung von Kapitalismus und Ökologie, sondern auf die Überwindung von Kapitalismus und Patriarchat. Das bedeutet, anstelle des kapitalistischen Wachstumsparadigmas eine, um die Fürsorge für die Menschen zentrierte Ökonomie, eine Gesellschaft des Gemeinwohls zu schaffen.**

**Genossinnen und Genossen!**

**Alle unsere Reformvorschläge, politischen Projekte und Strategien, sogar unsere persönlichen Lebensentwürfe stehen unter dem Vorbehalt, dass es gelingt, die Gefahr eines großen weltweiten Krieges abzuwenden.**

**Die EL hat die Aggression der Russischen Föderation vom ersten Tag an verurteilt, wegen der hunderttausenden Opfer und der Zerstörungen, aber auch, weil der in der UN-Charta verankerte Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen der wichtigste zivilisatorische Fortschritt des 20. Jahrhunderts ist.**

**Wir haben auf dem Parteitag in Wien drei Forderungen beschlossen:**

**Feuereinstellung, Verhandlungen, Rückzug der russischen Truppen.**

**Wir haben dieselbe Position zum Krieg im Nahen Osten.**

In unserer ersten Erklärung und seither immer wieder haben wir den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel verurteilt, die Freilassung der Geiseln und ein Ende der Gewalt gefordert.

Inzwischen sind im Gaza 15.000 Menschen umgekommen, 1,9 Millionen auf der Flucht: Zuerst aufgefordert, in den Süden zu flüchten, werden sie jetzt dort bombardiert.

Die humane Katastrophe im Gaza ist herzerreißend. Wir unterstützen daher die Forderung des Generalsekretärs der UN nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand.

Wir dürfen uns nicht in eine moralische Defensive drängen lassen.

Es ist unterträglich, dass jede\*r, der diese Forderung erhebt, einschließlich dem UN-Generalsekretär als Antisemit diffamiert und gecancelt wird.

Der Kampf gegen Antisemitismus, gegen den antimuslimischen Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bleibt Verpflichtung der Linken.

Aber es ist heuchlerisch, dass hierzulande die an den Palästinenser\*innen heute verübten Untaten mit jenem Megaverbrechen gerechtfertigt werden, das Deutsche und Österreicher an den Jüd\*innen verübt haben.

Und es führt auch nichts an der Einsicht vorbei, dass Frieden im Nahen Osten und Sicherheit für Jüd\*innen und Palästinenser\*innen erst sein werden, wenn die Rechte beider Völker auf ein selbstbestimmtes Leben in zwei unabhängigen und lebensfähigen Staaten anerkannt wird, wie es die einschlägigen UN-Resolutionen vorsehen.

Paul Valery hat geschrieben: Der Krieg ist ein Massaker, bei dem sich Menschen umbringen, die einander nicht kennen, und zwar zum Ruhm und zum Vorteil von Leuten, die einander kennen, aber nicht massakrieren.“

Und wie in allen anderen Fragen ist unser Platz an der Seite der Opfer von Krieg und Gewalt. Daher steht der Pazifismus im Zentrum jeder Klassenpolitik.

Und vergessen wir nicht die weltweit 22 Kriege: im Jemen, in Kurdistan, in Syrien, im Sudan, und an vielen anderen Plätzen.

Papst Franciscus hat 2014 diesen Zustand einen „Weltkrieg auf Raten“ genannt.

Die Welt befindet sich in einem dramatischen Übergang. Das Elend und die Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und dem Süden führt heute zu regionale Kriegen, zum Anwachsen des Fundamentalismus und weltweiten Migrationsströme. Davon treffen nicht mehr als 1 % in Europa in Europa ein. Das Argument, dass unsere Gesellschaften dadurch überfordert seien, ist ebenso unwahr wie gefährlich.

In Folge der weltweiten ökologischen Krise könnte in den nächsten 70 Jahren ein Drittel der Erdoberfläche unbewohnbar zu werden, was Hunderte Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen würde.

Und denen, die heute meinen, an die „Vernunft“, das heißt, ein angeblich gesundes Volksempfinden zu appellieren, wenn sie die

Schließung der Grenzen für Geflüchtete verlangen, muss man sagen:

Das Eintreten für Menschenrechte und eine der UN-Flüchtlingskonvention gemäßen Flüchtlingspolitik, die alle Fruchtgründe ernst nimmt, ist nicht nur eine Frage der Mitmenschlichkeit, obwohl das für sich genommen schon ein hinreichender Grund wäre, sondern eine Bedingung für den friedlichen Übergang zu einer ökologischen und gerechten Welt, ist eine dem 21. Jahrhundert angemessene, vernünftige Realpolitik.

Wir erleben heute heute den Zerfall der von den USA und ihren Verbündeten nach dem Ende des Kalten Krieges einseitig dominierte Weltordnung.

Der Kampf um Ressourcen wie seltene Erden, die Kontrolle der maritimen Transportwege und der digitalen Technologien wird immer aggressiver geführt.



Neue internationale Player, die VR China, Indien und Brasilien melden sich zu Wort und schaffen mit den BRICS und der Neuen Entwicklungsbank ihre eigenen Institutionen.

Aber man kann sich die Welt nicht schön-reden oder schön-schreiben. Gerne würden wir sehen, dass Persönlichkeiten wie Patrice Lumumba, Che Guevara oder Ho Chi Minh die Hauptrollen im gegenwärtigen Übergang spielen. In Wahrheit sind aber die meisten Akteure, Putin, die Hamas, das Regime im Iran oder die saudischen Prinzen politische Finsterlinge. Deshalb können wir die heutigen Hegemoniekämpfe nicht mit den traditionellen Kategorien des Antiimperialismus beschreiben.

Die multipolare Welt entsteht -- entweder durch Design, das heißt durch Kooperation, kollektive Sicherheit, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten, oder durch Desaster -- lokale und regionale Kriege, von denen jeder das Potential hat, sich zum Atomkrieg auszuwachsen.

Die Grundfrage ist daher die Erhaltung des Friedens.

**Allein der Krieg in der Ukraine hat bisher 150 Milliarden Euro gekostet. Die Hälfte davon hat die EU bezahlt.**

**Nach dem Scheitern der Offensiven, Gegenoffensiven und Gegengegenoffensiven im Sommer ist klar, dass sich der Krieg in einen möglicherweise jahrelangen Abnutzungskrieg verwandelt hat.**

**Die EU und die Mitgliedsstaaten müssten in unser aller Interesse alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Sie müssen die friedenspolitischen Initiativen des Papstes, der VR China, des brasilianischen Präsidenten und der sechs afrikanischen Staatsoberhäupter unterstützen.**

**Doch Frau Von der Leyen hat im Gegenteil in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union angekündigt, den Krieg so lange, wie ihrer Meinung nach nötig, fortzusetzen.**

**In der FAZ habe ich dieser Tage gelesen, dass Joschka Fischer für eine atomare Bewaffnung der EU eintritt.**

**Auch das ist eine bemerkenswerte Stellungnahme.**

**In einer österreichischen Zeitung schrieb er unlängst: „Jetzt ist Krieg. Die Aufrüstung Europas hat oberste Priorität, alles andere muss warten: die Sanierung der öffentlichen Haushalte oder neue Sozialprogramme.“ (Joschka Fischer: Der machtpolitische Nachzügler Europa, Der Standard, 6. September 2023, [Der machtpolitische Nachzügler Europa - Kommentare der anderen - derStandard.at › Diskurs](#))**

**Wiederum bemerkenswert, und Fischer hat Recht:**

**Es ist illusorisch, Kriege zu führen und Kriege vorzubereiten und zugleich die soziale und ökologische Transformation voranbringen.**

**Wir stehen also an einer Weggabelung.**

**Butter oder Kanonen!**

**Der Frieden in Europa darf nicht weiter auf der Drohung mit gegenseitiger militärischer Vernichtung aufgebaut sein.**

**Wollte die EU autonom, entsprechend den europäischen Interessen handeln, müsste sie sich vom neuen, von den USA ausgerufenen**

**Kalten Krieg abkoppeln und an der Errichtung einer europäischen Sicherheitsordnung arbeiten, in der die Sicherheit jedes einzelnen Staates die Voraussetzung aller Staaten im europäischen Haus ist.**

**Sie müsste verhindern, dass nach dem Zusammenbruch des einschlägigen Vertrages neue atomare Mittelstreckenraketen in Europa aufgestellt werden.**

**Sie müsste dem Atomwaffenverbotsvertrag, der in der UN beschlossen, von mehr als 60 Staaten ratifiziert und daher gültiges Völkerrecht ist, beitreten, und in Europa eine atomwaffenfreie Zone errichten.**

**Ich habe eingangs von der Fragmentierung der Linken gesprochen.**

**Die Dramatik dieses Vorgangs besteht darin, dass er gleichzeitig mit einem europaweiten Aufmarsch der radikalen Rechten stattfindet.**

**Jüngst wieder wieder demonstriert in den Niederlanden, wo Gert Wilders Freiheitspartei mit 23 % stärkste Partei wurde.**

**Ungarn, Italien und die Niederlande sind keine Ausnahmefälle mehr: Le Pens Rassemblement National in Frankreich liegt bei 26 % und wäre damit die stärkste Partei des Landes. Die FPÖ in Österreich bei 30 %. die AFD bei 20 %.**

**Diese Parteien sind rassistisch, frauenfeindlich, irrational. Sie sind, was sie sind: neofaschistisch.**

**Der Weg zur Macht wird ihnen geebnet durch das kapitalistische Establishments, die Mainstream-Medien und die konservativen Parteien, die nicht nur ihre rassistische Agenda übernehmen, sondern mit ihnen auch koalieren.**

**Der Anti-Migrations-Diskurs von Herrn Merz ist kaum von dem von Frau Meloni zu unterscheiden, und darum ist auch nicht erstaunlich dass Frau Von der Leyen Frau Meloni auf ihren Trip nach Tunesien mitgenommen hat, um mit dem örtlichen Potentaten einen schändlichen Deal zur Abwehr von Geflüchteten auszuhandeln.**

Die radikale Rechte hat die Europäische Union als neues Schlachtfeld entdeckt. Im Europäischen Parlament zeichnet sich eine satte Mehrheit rechter und rechtsextremer Parteien ab.

Es geht nicht nur um eine neurechte Kulturrevolution, sondern auch um das Experimentieren mit autoritären Herrschaftsformen zur Bewältigung der gesellschaftlichen Krisen.

Das gibt uns eine außerordentliche Verantwortung.

Der Anstieg der radikalen Rechten hat aber auch etwas mit uns zu tun.

In vielen Ländern wählen die Menschen Parteien der radikalen Rechten, weil sie von den etablierten Parteien, den Sozialdemokraten, den Liberalen und den Grünen enttäuscht sind.

Wir dürfen die Menschen nicht enttäuschen!

1936 schrieb der österreichische Marxist und Politiker, Otto Bauer, dass am Siegeszug des Faschismus auch der „reformistische

Sozialismus“ Anteil gehabt hätte, weil er den Massen „als eine ‚Systempartei‘, als Teilhaber und Nutznießer jener bürgerlichen Demokratie erschien, die sie vor der Verelendung durch die Wirtschaftskrise nicht zu schützen vermag“.

Die Linke darf sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen identifizieren lassen. Es stimmt, wir verteidigen die liberalen Werte, Minderheitenschutz, Menschenrechte und internationale Solidarität. Oft im Bündnis mit Liberalen und Grünen, noch öfter mit Christ\*innen, denen das Engagement für die Benachteiligten und Ausgegrenzten näher liegt als den Liberalen.

Wir sollen uns aber nicht in Liberale verwandeln Gleiches Recht vor dem Gesetz schafft noch nicht gleiche soziale Rechte, der Respekt der Rechte von Minderheiten ist kein Ersatz für den Respekt der Rechte der Mehrheit. Und politische Demokratie ist noch keine soziale und wirtschaftliche Demokratie.

Dieser Unterschied ist wichtig, denn anders als die Liberalen beschränkt die Linke den Kampf gegen die radikale Rechte nicht auf

das Gebiet der politischen Kultur und der Werte. Besiegt werden kann diese Rechte in der sozialen Auseinandersetzung und im Kampf um den Frieden, wo Solidarität auf der Grundlage gemeinsamer Interessen wachsen kann.

Wir sind nicht auf der Höhe dieser Aufgabe, und es ist uns bis jetzt nicht gelungen, uns auf eine der Komplexität des Übergangs gerecht werdende Strategie zu einigen.

Das ist die Ursache der Spaltungen und Fragmentierung.

Aber die EL versucht, bisher mit Erfolg, den Spaltungen auf nationaler Ebene die Aufrechterhaltung der Einheit auf europäischer Ebene entgegenzustellen.

Sie hat dabei eine spezielle Möglichkeit. Als Europartei der radikalen Linken kann sie eine europäische Wahlkampagne organisieren und eine\*n EU-weite\*n Spitzenkandidat\*in ins Rennen schicken. Sie schlägt den linken Parteien vor, einen Dialog über eine gemeinsame Kampagne und die am besten geeignete Person an ihrer Spitze zu führen.



Die deutsche Linke, und damit meine ich nicht allein Eure Partei, sondern alle linken Kräfte, im ökonomisch und politisch stärksten Land der EU, trägt heute, da Eure herrschende Klasse ihre geopolitischen Ambitionen wieder entdeckt, eine ungeheure Verantwortung.

Ihr habt in den letzten Monaten eine Reihe von Tiefschlägen wegstecken müssen. Jetzt ist die Spaltung Eurer Partei eine Realität.

Nach allem, was geschehen ist, ist dies wahrscheinlich unvermeidlich geworden. Aus europäischer Sicht ist sie nichts desto weniger tragisch.

Jetzt ist es aber so, wie es ist.

Jetzt ist das Wichtigste, Eure Partei unter den neuen Voraussetzungen wieder aufzurichten, und die Europaparlamentswahlen werden der erste Schritt in dieser langfristigen Bemühung sein. Deutschland braucht eine starke, solidarische Linke. Die Europäische Linke braucht Eure Partei, die Linke.

**Ich wümsche Eurem Kongress allen denkbaren Erfolg.**